

Beschluss des Landesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen

Beschluss vom 16. März 2011

Atomenergie in der Sackgasse - Ausstieg jetzt - auch in Sachsen!

Nach den furchtbaren Naturkatastrophen, von denen Japan seit dem 11. März 2011 heimgesucht wird und dem dadurch verursachten unermesslichen Leid der Bevölkerung hat nun auch noch eine Nuklearkatastrophe begonnen, deren Ausmaß derzeit nicht abschätzbar ist.

Im japanischen Kernkraftwerk Fukushima ist etwas eingetreten, was nie hätte eintreten dürfen. Umso schlimmer ist es, durch diese Katastrophe bestätigt zu bekommen, was schon immer zentrale Warnung grüner Politik ist: Die Risikotechnologie Atomkraft ist nicht beherrschbar. Das „nicht vorhersehbare Restrisiko“ riskiert Menschenleben, macht ganze Regionen für Jahrhunderte unbewohnbar und richtet die Wirtschaft zu Grunde. Es ist genau das Risiko, was uns jeden Tag den Rest geben kann - trotz höchster Sicherheitsstandards. Ob Störungen bei der Stromversorgung oder den Notstromaggregaten, ob Terroranschläge, Flugzeugabstürze, Naturkatastrophen oder andere unvorhersehbarer Verkettungen von Störfällen: Kernschmelzen sind in keinem Atomkraftwerk ausgeschlossen - auch nicht in den angeblich noch so sicheren AKW in Deutschland.

Diesen Fakten muss sich Sachsen stellen, auch wenn es kein Atomkraftwerk auf sächsischem Gebiet gibt. CDU und FDP in Sachsen halten jedoch nach wie vor am Energieprogramm der Staatsregierung von 2004¹ mit seiner Option auf Atomkraft sowie Unterbewertung der Erneuerbaren Energien fest. Die letztes Jahr von der Bundesregierung beschlossene Laufzeitverlängerung wurde von der sächsischen Koalition letztendlich befürwortet. Vertreter der Regierungskoalition wie der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion bringen regelmäßig den Neubau eines AKW in Sachsen in die Debatte. Doch auch ohne AKW-Neubau ist Sachsen durch nahe AKW wie die Reaktoren Isar 1 und Isar 2 in Bayern, den Reaktor Grafenrheinfeld in Franken oder den Reaktor Temelin in Tschechien gefährlich betroffen.

Wir fordern die sächsische Staatsregierung daher auf,

- **ihren bisherigen Kurs der Befürwortung der Kernenergienutzung zu verlassen,**
- **Pläne für mögliche AKW-Neubauten auf sächsischen Gebiet endgültig zu beenden,**
- **bei der tschechischen Regierung entschlossen gegen die Erweiterungspläne des AKW Temelin zu intervenieren,**
- **sich für die sofortige und rechtsichere endgültige Abschaltung der sieben ältesten deutschen Atomkraftwerke (Biblis A und B, Neckarwestheim 1, Brunsbüttel, Isar 1, Unterweser und Phillipsburg) und des Pannenreaktor Krümmel einzusetzen,**

¹ Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit, ENERGIEPROGRAMM SACHSEN 2004, S. 11: „Die Option der Kernenergienutzung muss als technologische Variante für die Zukunft offen gehalten werden. Die Kernenergienutzung hat weltweit große Bedeutung für die Sicherung der Elektrizitätsversorgung und leistet einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz.“ <http://www.smwa.sachsen.de/set/431/energieprogrammSachsen2004.pdf>

- auf schnellstmögliche Abschaltung und Beendigung aller weiteren AKW zu drängen,
- auf die Ausfuhr des sächsischen Atom Mülls nach Majak zu verzichten,
- sowie ein Konzept zur sicheren Entsorgung von Atom Müll aus Dresden-Rossendorf vorzulegen.

Wir fordern die sächsische Staatsregierung darüber hinaus auf,

- dafür zu sorgen, in allen Einrichtungen und Unternehmen des Freistaates den Strombedarf schnellstmöglich ohne Atomstrom abzudecken,
- die Stromlieferverträge so anzupassen, dass der Atomstromanteil durch Strom aus erneuerbaren Energien ersetzt wird und zukünftige Stromausschreibungen entsprechend erfolgen,
- Investitionshindernisse für Erneuerbare-Energien-Anlagen abzubauen,
- sowie entschlossen auf eine schnelle Vollversorgung mit Strom aus Erneuerbaren Energien hinzuarbeiten - ohne Kohle und Atom.

Gleichermaßen fordern wir auch die Kommunen, die regionalen Energieversorger und Stadtwerke in Sachsen auf, den Atomstromanteil umgehend durch regenerativen Strom zu ersetzen.

Hintergründe:

1. Harrisburg, Tschernobyl, Forsmark, Fukushima - was muss noch alles passieren?

Was sich derzeit an der japanischen Nordostküste abspielt, ruft Erinnerungen an zwei Ereignisse wach, die seit Jahrzehnten die zivile Nutzung der Atomenergie überschatten: Die Reaktorkatastrophen von Harrisburg im März 1979 und Tschernobyl im April 1986. Der Super-Gau im Atomkraftwerk Tschernobyl jährt sich am 26. April dieses Jahres zum 25sten mal. Weite Teile der Ukraine und Weißrusslands sind bis heute verstrahlt, die radioaktive Wolke zog damals bis nach Deutschland, die Krebsfälle stiegen massiv an. Allein der Bau des Sarkophags und die Aufräumarbeiten kostet vermutlich mehr als 50.000 Arbeitern - den sogenannten „Liquidatoren“ - bis heute das Leben.

Wenn Bundeskanzlerin Merkel mit Blick auf die Atomkrise in Japan von einer "Zäsur in der Geschichte der technisierten Welt" spricht, illustriert dies vor allem das Restrisiko des Vergessens. Denn 25 Jahre Tschernobyl sind auch 25 Jahre Lügen und Verharmlosung durch die Atomlobby von angeblich „sicheren Atomkraftwerken“. Als zum Beispiel im Sommer 2006 im schwedischen Atomkraftwerk Forsmark durch eine Störung in der Stromversorgung sogar Teile der Notstromversorgung für das Notkühlsystem versagten und die Betriebsmannschaft mehr als zwanzig Minuten weder Überblick, noch Kontrolle über den Reaktor hatte, mussten alle Verantwortlichen in Europa erkennen: Es hätte viel schlimmer kommen können. Jetzt - 5 Jahre später - kommt es viel schlimmer.

2. Radioaktivität macht vor Ländergrenzen nicht halt

Während noch vor Tagen von der bayrischen CSU behauptet wurde, er sei völlig sicher, soll nun auch der 34 Jahre alte Schrottreaktor Isar 1 bei Landshut vorübergehend heruntergefahren werden. Begründet wird dies zum Beispiel damit, dass das AKW, welches in der Einflugschneise des Flughafens München liegt, dem Aufprall eines großen Verkehrsflugzeugs nicht standhalten könne. Ist dies ein Zugeständnis eines „Restrisikos“? Nein: Dies ist das Eingeständnis einer 34 jährigen täglichen Bedrohung von Leib und Leben von Millionen Menschen in Österreich, Bayern, Tschechien oder Sachsen.

Das AKW Temelin zum Beispiel liegt in einem der bevölkerungsreichsten Bezirke Südböhmens und nicht einmal 180 Kilometer von der sächsischen Grenze entfernt. Obwohl die Sicherheitsfragen der geplanten zwei neuen Reaktorblöcke völlig ungeklärt sind und die Neubaupläne der tschechischen Regierung die ständigen Störfälle des erst 2002 in Betrieb gegangenen alten AKW ignorieren, protestiert die sächsische Staatsregierung nicht gegen den Ausbau.

3. Atomstromnutzung in Sachsen jetzt beenden

Das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahr 2005 verpflichtet alle Energieversorgungsunternehmen in Deutschland nachzuweisen, aus welchen Anteilen an erneuerbaren, fossilen und nuklearen Energieträgern sich der Strom zusammensetzt. Bei einer Recherche der Stromkennzeichnung der regionalen Energieversorger wird schnell deutlich, dass diese Atomstrom an viele sächsische Haushalte liefern - zum Teil mit Anteilen von bis zu 30 Prozent im Energiemix.

So verkauften die Stadtwerke Oelsnitz, Schkeuditz oder auch Olbernhau im Jahr 2009 Strom mit einem Atomstromanteil von über 28 Prozent. Doch auch bei den großen Versorgern in Sachsen finden die Verbraucher hohe Anteile auf der Stromrechnung: So beträgt der Kernkraftanteil im Strommix der Stadtwerke Leipzig 19 Prozent, bei der DREWAG (Raum Dresden) sind es 10,2 Prozent oder bei eins energie (Raum Chemnitz) 8 Prozent. Jede und Jeder kann den Atomausstieg selbst durch den Wechsel des Tarifes oder des Stromanbieters in die Hand nehmen (siehe www.atomausstieg-selber-machen.de). Aber auch die regionalen Energieversorger und Stadtwerke haben die Möglichkeit, den Atomstromanteil durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Wachsende Nachfrage ist nicht nur für den Ausbau regenerativer Energie, deren Wirtschaftlichkeit und Akzeptanz unerlässlich. Sie kann auch entscheidend dazu beitragen, dass Stromanbieter, an denen Kommunen beteiligt sind, stärker auf die Erschließung von lokalen/regionalen Ressourcen setzen, dass neue Konzepte entwickelt werden und so neue Arbeitsplätze entstehen.

4. Einsparung, Effizienz und schneller Umstieg auf 100 Prozent Erneuerbare Energien

Weder Energieversorgungssicherheit, noch Klimaschutz - es gibt keinen rationalen Grund, sich dem atomaren „Restrisiko“ auszuliefern. Es gibt nur die Profitinteressen der Atomkonzerne. Schon die Laufzeitverlängerung der deutschen Schrott-AKW war eine Aufkündigung des gesellschaftlichen Friedens, eine Absage an die Erneuerbaren Energien und eine Bedrohung kommender Generationen, denen wir unseren strahlenden Atommüll hinterlassen. Längere Atomlaufzeiten sind keine Brücken, sondern Barrieren beim Umstieg auf eine Vollversorgung mit regenerativen Energien.

Während der Kampf um die begrenzten und immer teurer werdenden Ressourcen Uran, Öl und Kohle längst begonnen hat, bieten die regenerativen Energien ein vielfaches Potential der Energie, die die Menschheit derzeit verbraucht. Dazu kommen die großen Potentiale der Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Mit der grünen Ausbaustudie 2020 zu Perspektiven für Erneuerbare Energien in Sachsen² ist nachgewiesen: 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren Energien ist keine technologische Frage, sondern allein eine Frage des politischen Willens. Atomenergie gehört endgültig ins Technikmuseum der Geschichte.

² Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sächsischen Landtag, Grüne Ausbaustudie 2020 Perspektiven für Erneuerbare Energien in Sachsen, http://www.wir-sind-klima.de/fileadmin/user_upload/Broschuere/gruene_ausbaustudie_2020_version_2010.pdf